

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2093

"Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2093 vom 08.05.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3121 des VF vom 20.06.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 26.09.2024
4. Beschluss des Plenums 19/3640 vom 16.10.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 16.10.2024



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Reform der Dublin-III-Verordnung (Dublin-III-VO (EU) Nr. 604/2013 in Verbindung mit der Durchführungsverordnung zur Dublin-III-VO (EU) Nr. 118/2014 und die Eurodac II-VO (EU) Nr. 603/2013) einzusetzen, die darauf abzielt, die geltenden Überstellungsfristen für Asylbewerber, für deren Asylverfahren ein anderer EU-Staat sich zuständig erklärt hat, ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Das EU-Asylsystem ist gescheitert. Dennoch haben Rat, Kommission und Parlament viele Jahre gebraucht, um neue Ansätze auf den Weg zu bringen, über die allerdings auch kein hundertprozentiger Konsens herrscht. Ob sich die vereinbarten Maßnahmen bewähren, um die illegale Migration in die EU einzudämmen, ist überdies noch völlig offen.

Derweil ist weiterhin der Staat, in dem ein Asylbewerber zuerst das Territorium der EU betritt, für die Prüfung des Asylbegehrens und die Durchführung des Verfahrens zuständig. Das ist die Rechtslage und zugleich seit Jahren blanke Theorie. Wirklichkeit ist die Sekundärmigration, faktisch kann sich nahezu jeder Asylzuwanderer sein Wunschziel aussuchen. Die an sich zuständigen EU-Staaten lassen dies nicht nur zu, sondern fördern es teilweise aktiv und systematisch. Schon diese Praxis macht die oft beschworene „Solidarität“ innerhalb der EU zu einer Farce.

Als Folge ist ein riesiger Aufwand an Zuständigkeitsprüfungen und Überstellungen sowie Versuchen von Überstellungen entstanden. Hierfür sind Fristen einzuhalten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gibt an: „Die Überstellung hat innerhalb von sechs Monaten ab Zustimmung des Mitgliedstaates zu erfolgen. Befindet sich die betroffene Person in Haft, beträgt die Überstellungsfrist 12 Monate. Ist die betroffene Person flüchtig, beträgt die Überstellungsfrist 18 Monate.“ Findet nun eine Überstellung nicht innerhalb der jeweiligen Frist statt, geht die Zuständigkeit für das Verfahren automatisch auf das Mitgliedsland über, in dem sich der Asylbewerber aktuell aufhält.

Dass solche „Dublin-Überstellungen“ innerhalb der Fristen gelingen, ist eher die Ausnahme. Dafür gibt es eine Vielzahl von Ursachen, darunter gezielte Sabotage etwa durch das sog. Kirchenasyl. Zentral ist die Verweigerungshaltung vieler „EU-Partner“. So nimmt Italien seit Ende 2022 – angeblich wegen fehlender Aufnahmekapazitäten – keine Dublin-Fälle mehr zurück. „Vorübergehend“ hieß es, daraus ist ein Dauerzustand geworden. 2023 gelangen von 15 479 aus Deutschland angefragten Überstellungen nach Italien nur elf – und dies auch nur deshalb, weil die Betroffenden freiwillig und eigenständig nach Italien reisten. Einige weitere Beispiele: Österreich (Übernahmege-
suche: 7 995, erfolgreich: 1 534), Bulgarien (7 732/266), Griechenland (5 523/3), Kro-
tien (16 704/328).

Nach offiziellen Zahlen scheiterte die Bundesrepublik allein im Jahr 2023 in 38 682 Fällen an der fristgerechten Überstellung von Dublin-Fällen an die zuständigen Staaten. Mit der Aufhebung der Fristen und damit dem Ende eines automatischen Übergangs der Zuständigkeit wäre ein wichtiger Zeitgewinn verbunden, um Hinderungsgründe für Überstellungen zu beseitigen. Überdies wäre das ein Signal an illegale Einwanderer, dass ein „Aussitzen“ nicht zwingend zur Erfüllung der eigenen Ansprüche – mithin einem gesicherten Daueraufenthalt in Deutschland – führt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/2093**

**Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der
EU beenden**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 20. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verordnung und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über eine Verordnung und die nicht einzeln
zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verordnung

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 2 Satz 1 der Landkreisordnung zum Entwurf
einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der
Namen der Landkreise und der Sitze der Kreisverwaltungen
Drs. 19/2019, 19/2833 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	------------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaanpassung und besserer Tierschutz –
Änderung der Jagdzeiten auf Rehwild jetzt!
Drs. 19/1846, 19/3111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	------------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachstand Windkraftplanung in den Planungsregionen
Drs. 19/1847, 19/3112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Risiken des forcierten Windkraftausbaus auf den Grund gehen:
Umweltbelastungen durch den Betrieb von
Windenergieanlagen offenlegen
Drs. 19/1896, 19/2971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitätssicherung in der Lehrerbildung – Anrechnungsstunden
für Seminarlehrkräfte und Zentrale Fachleiterinnen und
Fachleiter ausbauen!
Drs. 19/1975, 19/3090 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Akzeptanz der erneuerbaren Energien stärken und Wertschöpfung vor Ort schaffen
Drs. 19/1979, 19/3113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zu Bauen im Bestand
Drs. 19/1982, 19/3073 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Florian Köhler u.a. AfD
Berichtsantrag zu den Perspektiven des Anlagenbestands im Bereich Biogas und Biomethan nach Ablauf der EEG-Förderung
Drs. 19/2040, 19/3114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bericht zur Umsetzung von digitalen Datenregistern, KI und Blockchain in der bayerischen Verwaltung
Drs. 19/2079, 19/3115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Stand und Zukunft der bayerischen Erdgasinfrastruktur und der leitungsgebundenen kommunalen Wärmeversorgung
Drs. 19/2080, 19/3116 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Perspektiven und Herausforderungen der bayerischen Lufttaxi- und Lieferdrohnenbranche
Drs. 19/2083, 19/3290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Angriffe auf Personen des politischen Lebens schärfster bestrafen
Drs. 19/2092, 19/3120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden
Drs. 19/2093, 19/3121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Geschäftsverteilungspläne der Gerichte im Internet veröffentlichen
Drs. 19/2096, 19/3122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Getreidewirtschaft in Bayern und Deutschland schützen – Zollfreiheiten für ukrainische Agrarprodukte beenden
Drs. 19/2105, 19/2989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Einführung eines Ombudschaftswesens in der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/2111, 19/3271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Für eine inklusive Lösung – Bericht zum Umsetzungsstand der SGB VIII-Reform in Bayern
Drs. 19/2112, 19/3273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen I:
Gesamtstrategie Unterrichtsqualität
Drs. 19/2186, 19/3091 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen II:
Lehrkräftebildung weiterentwickeln
Drs. 19/2187, 19/3092 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting,
Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen III:
Digitalisierung klug umsetzen
Drs. 19/2188, 19/3093 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen IV:
Entbürokratisierung an Schulen
Drs. 19/2189, 19/3094 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen V:
Integration stärken
Drs. 19/2190, 19/3095 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Norbert Dünkel, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Wiedereinsetzung eines „Wissenschaftlichen Beirats Inklusion“
Drs. 19/2225, 19/3096 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Raus aus dem Tabu und mehr Selbstbestimmung:
Aufklärung über Fehlgeburten!
Drs. 19/2227, 19/3101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Florian von Brunn u.a. SPD
Verpflichtender KZ-Gedenkstättenbesuch für alle
Schülerinnen und Schüler während der Schullaufbahn
Drs. 19/2229, 19/3097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann u.a. SPD
Gestaffelter Mutterschutz bei Fehlgeburten
Drs. 19/2255, 19/3274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Ergänzung des § 130 StGB und Strafbarkeit des Verunglimpfens
des deutschen Volkes
Drs. 19/2257, 19/3123 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umweltfreundliche Reitböden in Bayern sicherstellen
Drs. 19/2302, 19/2972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Queeren Aktionsplan ernst nehmen – Koalition gegen Diskriminierung jetzt beitreten!
Drs. 19/2303, 19/3275 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Sternenkinder – Rechte der Eltern stärken und Forschung ausweiten
Drs. 19/2310, 19/3102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Stichschutzwesten auf Versammlungen zulassen
Drs. 19/2336, 19/3124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Kostenlose Rundfunk-Hotline schaffen!
Drs. 19/2344, 19/3109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Anpassung der Kostenregelung im Strafprozess
Drs. 19/2357, 19/3125 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Alexander Flierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität beschleunigen
Drs. 19/2360, 19/3291 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Sicherung des Chemiestandorts Bayern
Drs. 19/2363, 19/3292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Verbots des Tötens männlicher Küken
Drs. 19/2410, 19/3279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Keine weiteren Zuschüsse für Kirchentage aus Landes- und Bundesmitteln
Drs. 19/2413, 19/3254 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Kriminalstatistik transparenter gestalten –
Mehrfachstaatsangehörigkeiten erfassen!
Drs. 19/2414, 19/3262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitgemäß: Einführung eines digitalen Jagdscheines jetzt umsetzen
Drs. 19/2435, 19/3117 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Balkonkraftwerke retten!
Einspruch zum Normenentwurf VDE V 0126-95:2024-06
Drs. 19/2436, 19/3118 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Stich lassen –
Erfolgsmodell „Kooperativer Ganztag“ weiter fördern!
Drs. 19/2437, 19/3277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stromnetze voll auslasten – Netzinfrastruktur besser nutzen
Drs. 19/2453, 19/3293 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erweiterung des Pegelnetzes für den Hochwassernachrichtendienst
Drs. 19/2456, 19/2973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

44. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Rechte und Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen in der EU vorantreiben
Drs. 19/2460, 19/2990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Schnelle und transparente Umsetzung des Startchancen-Programms an Bayerns Schulen
Drs. 19/2461, 19/3098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Würdigung, Anerkennung und Wertschätzung
für die Gastarbeitergeneration
Drs. 19/2463, 19/3285 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

47. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Prof. Dr. Winfried Bausback, Konrad Baur u.a. CSU
Beachtung der Sprachsensibilität in Berufsabschlussprüfungen
Drs. 19/2485, 19/3099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

48. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. SPD
Bayerischer Veteranentag
Drs. 19/2486, 19/2991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krah u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Ergebnisse des Gutachtens zum Schutz der
Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen
Drs. 19/2537, 19/3103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen nicht im Regen stehen lassen: Bayern gegen Naturgefahren endlich fit machen – gute Informationsgrundlagen für alle schaffen!
Drs. 19/2526, 19/3288 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahlf u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sepsisüberlebende bei der Nachsorge nicht allein lassen -
Sepsislotsinnen und Sepsisloten in Bayern etablieren
Drs. 19/2538, 19/3104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stellschrauben für bezahlbares Bauen in der Bayerischen Bauordnung anziehen
Drs. 19/2563, 19/3072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

53. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißsaal
Drs. 19/2564, 19/3105 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Biobanken in Bayern – Herausforderungen und Optimierungspotenziale
Drs. 19/2565, 19/3106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

55. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Digitalisierungsmaßnahmen zur Entbürokratisierung der Leichenschau
Drs. 19/2580, 19/3107 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern vor Afrikanischer Schweinepest schützen – jetzt Aufklärungs- und Präventionskampagne starten
Drs. 19/2581, 19/2974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

57. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Betriebe im Radon-Vorsorgegebiet Wunsiedel i. Fichtelgebirge unterstützen
Drs. 19/2582, 19/2975 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

58. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Intergenerationelle Projekte zum Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bayern
Drs. 19/2586, 19/3278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmte Geburt – Sensibilisierung für die Problematik von Gewalterfahrungen unter der Geburt vorantreiben
Drs. 19/2614, 19/3108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

60. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Modernisierungsmaßnahmen in der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 19/2622, 19/3280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

61. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Hochwasserhilfen für landwirtschaftliche Betriebe erhöhen!
Drs. 19/2632, 19/3281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

62. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Grenzwertwahn beenden! – NOx-Emittenten neu bewerten!
Drs. 19/2648, 19/3287 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

63. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen
Drs. 19/2650, 19/3284 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

64. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Intelligentes Wassermanagement statt neuer Steuer –
Förderprogramm für Regenwassernutzungsanlagen auflegen!
Drs. 19/2653, 19/3270 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

65. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!
Drs. 19/2660, 19/3253 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

66. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Anna Rasehorn, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Hochwasser-Soforthilfe ausweiten: Betroffene brauchen Unterstützung
Drs. 19/2661, 19/3272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREEIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

67. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann u.a. CSU Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid mit einer Konzentration von über 12 Prozent wieder ermöglichen
Drs. 19/2662, 19/3294 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

68. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Made in Bavaria“: Zertifikat gegen die geplante Obsoleszenz einführen!
Drs. 19/2663, 19/2998 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftemangel durch Ausbildung bekämpfen:
Praktikumsprämie für Schülerinnen und Schüler
Drs. 19/2669, 19/3295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strafvollzug entlasten und Resozialisierung stärken –
Für kurz vor der Entlassung stehende Gefangene eine „Weihnachtsamnestie“ Ende 2024 ermöglichen
Drs. 19/2670, 19/3286 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verantwortung übernehmen – mehr bioregionales Essen in staatlichen Kantinen
Drs. 19/2672, 19/3282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufhebung des Erdkabelzwangs bei den neu geplanten HGÜ-Leitungen
Drs. 19/2673, 19/3296 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Starkregenvorsorge in Bayern
Drs. 19/2675, 19/2999 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand der Hitzeaktionsplanung in Bayern
Drs. 19/2678, 19/3000 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

75. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Sicherheit für bayerische Polizeibeamte erhöhen – Anschaffung von stichsicheren Schutzwesten flächendeckend durchsetzen!
Drs. 19/2719, 19/3261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schlachtstättensterben – rechtzeitig Lösungen entwickeln
Drs. 19/2726, 19/3283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/2093, 19/3121

Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen – Das Asylchaos innerhalb der EU beenden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Böhm

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexander Hold

Abg. Arif Taşdelen

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)

Übernahmefristen im Dublin-Verfahren streichen - Das Asylchaos innerhalb der EU beenden (Drs. 19/2093)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Böhm für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland stellt regelmäßig für sogenannte Asylbewerber, die andernorts registriert wurden, aber dann hier bei uns aufscheinen, beim Erstaufnahmeland sogenannte Übernahmeverfahren. Diese finden mittels Zustimmungsfiktion zwar meist de jure statt, de facto scheitern sie aber am bewussten Ignorieren der nachfolgenden Überstellungsgesuche durch unsere europäischen Freunde. Sie lassen diese bewusst verfristen und bürden damit dem deutschen Steuerzahler allein 2024 einen Schaden von über 1 Milliarde Euro auf. Sie schonen so die eigene Kasse und schützen so ihr eigenes Volk.

2023 waren die Anträge auf Dublin-Überstellungen 39.000-mal Makulatur. 39.000-mal wird nun ungebeten unsere Kultur bereichert. Um das Unerhörte anschaulich zu machen: Wegen dieser Verweigerungshaltung unserer europäischen Freunde muss der deutsche Staat dauerhaft eine Stadt in der Größe Ansbachs finanzieren. Jährlich kommt ein weiteres Ansbach hinzu.

(Zuruf)

Zugleich klopfen sich die Verwaltungen der europäischen Freunde vor Lachen auf die Schenkel, wenn irgendwo im Latium ein Fax des BAMF aus dem Gerät rollt und sei-

nen direkten Weg in den Reißwolf findet. Italien argumentiert seine Totalverweigerung seit 2022 mit fehlenden Aufnahmekapazitäten. Wie unerhört ist das denn? Hauptsache, bei uns werden in friedlichen Dörfern Containersiedlungen für alleinreisende Männer aus dem Boden gestampft. Mütter und Töchter werden verängstigt und alle anliegenden Grundstücke zeitgleich entwertet. Hauptsache, in Starnberg wird eine dem Ortsbild angemessene Unterkunft für Neubürger gebaut, während sich ansässige junge Familien dort schon lange keine Wohnung mehr leisten können.

Besonders beschämend ist, dass die Länder, die vom deutschen Tourismus profitieren, die Dublin-Verordnung am liederlichsten umsetzen: Italien, Österreich, Kroatien und – nicht zu vergessen – Griechenland. Von 5.500 Übernahmeversuchen 2023 waren dort nur ganze drei erfolgreich. Das ist also der Dank dafür, dass wir dem griechischen Staat seinerzeit mit deutschen Bürgschaften den sprichwörtlichen Boppes gerettet haben.

Leicht tun sich unsere europäischen Freunde vor allem, weil die Dublin-Regeln für die Überstellungsgesuche nur wenige Fristen kennen, die länger wären als sechs Monate. Der Sekundärmigration nach Deutschland ist gleichsam per EU-Versagen Tür und Tor geöffnet. Das Aussitzen von Fristen darf nicht länger zu einem gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland führen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Überstellungsfristen müssen aufgehoben werden, damit Übernahmeversuchen dauerhafte Wirkung gegen unsere Nachbarn entfalten. Das ist der Tenor unseres Antrags. Dafür muss sich die Bayerische Staatsregierung auf Bundesebene einsetzen.

Ganz abstrus ist im Lichte des Geschilderten der Ansatz im umstrittenen Sicherheitspaket der Fraktionen, die in Berlin die Ampel-Abrißstruppe tragen. Dublin-Fälle sollen keine Sozialleistungen mehr erhalten, aber nur, wenn der eigentlich zuständige EU-Staat der Überstellung auch zustimmt. Welche unfassbaren Luftnummern werden den Menschen aufgetischt? Wie wohltuend ist im Gegensatz zum linksgrünen Irrsinn das

morgen in Berlin zu debattierende Zustrombegrenzungsgesetz, eingereicht von den Schwarzen, aber inhaltlich in vielen, in fast allen Bereichen von den guten Ideen der Alternative für Deutschland inspiriert. Einmal mehr gilt: AfD wirkt.

(Beifall bei der AfD)

Zumindest beim Abkupfern haben Sie bereits Ihren Brandmauerfetisch zur Seite gelegt. Dennoch müssen Sie noch viel am Kompass arbeiten, bevor Sie die Reife haben, gemeinsam mit uns das Land auf den richtigen, auf den rechten Weg zurückzuführen. Bereiten Sie Bayern einen denkwürdigen Abend: Stimmen Sie unserem Antrag heute zu.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Karl Straub das Wort. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhm, wovon träumen Sie in der Nacht?

(Anna Rasehorn (SPD): Das wollen wir nicht wissen! – Weitere Zurufe)

Sie haben gerade gesagt, die CSU lässt sich von der AfD inspirieren. Es gibt für die CSU nichts Ferneres, als sich von der AfD zu irgendetwas inspirieren zu lassen.

(Martin Böhm (AfD): Ich zitiere den Gesetzestext!)

Das macht mir ganz schlimme Gedanken im Kopf, und die habe ich sehr selten.

(Zurufe von der AfD)

Von der AfD lasse ich mich und lassen sich alle demokratischen Parteien bestimmt nicht inspirieren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie sagen, dass wir bewusst durchleiten. Das ist eine absolute Frechheit. Gerade wir Regierungsfraktionen weisen vehement darauf hin, dass neben vielen anderen Maßnahmen, die tatsächlich getroffen werden müssen, Dublin wieder eingeführt werden muss. Ich weise darauf hin, dass die CSU das schon seit 2015/2016/2017 macht, weil nämlich eine Begrenzung der Zuwanderung zu einer humanen Flüchtlingspolitik führt; davon bin ich tief überzeugt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Ich will überhaupt nicht so lang reden. Sie reden von europäischen Freunden. Erzählen Sie mir mal, welchen Freund die AfD in Europa hat. Mir fällt keiner mehr ein. Sogar den Rechtsaußenparteien im Europäischen Parlament sind Sie zu rechtsextrem. Welche europäischen Freunde haben Sie?

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Russland!)

Ich weiß nur, dass Sie russische Freunde haben, aber im EU-Parlament haben Sie keinen Freund. Also reden Sie nicht von europäischen Freunden. Das können wir tun, Sie aber mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Man wundert sich ja immer, wenn Sie die Anträge einreichen. Wir müssen für die Menschen, die sich unseren Livestream vielleicht zur späten Stunde noch anschauen, sagen: Dieser Antrag wurde am 10. Juli im Rechtsausschuss ausführlich beraten; wir sind darauf eingegangen. Ich glaube, ich bin jetzt darauf gekommen, warum Sie das noch einmal einreichen: Damals hat Herr Maier Bericht erstattet; der ist inzwischen gegangen. Sie haben es wahrscheinlich nicht mitbekommen. Ich gebe Ihnen den Tipp, das nächste Mal, wenn Sie das Bedürfnis haben, das noch einmal zu wissen, zuerst mit Ihrem eigenen Referenten zu reden und uns nicht unsere Zeit zu stehlen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herzlichen Dank. – Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich alle Hochzieher, die wir bisher behandelt haben, sind aus dem Monat Juli. Anscheinend brauchen Sie wieder Filme für Ihren YouTube-Kanal. Deshalb müssen Sie jetzt den Plenarsaal nutzen, um Anträge, die in den Fachausschüssen ausführlich besprochen worden sind, hier noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Ihr Antrag ist ehrlich gesagt auch sachlich absolut falsch, weil darin wieder steht, aber das ist auch keine Überraschung: Da kommt einer, der schon in einem europäischen Land Asyl beantragt hat. Der kommt ohne Identitätspapiere über die bayerische Grenze nach Bayern; das steht in Ihrem Antrag. Dann bekommt er hier Asyl, und – Überraschung – er bekommt auch noch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sorry: Das ist Ihre Art, Politik zu betreiben. Das machen Sie sehr gerne, dass Sie den Leuten draußen irgendwelche Märchen erzählen; denn Angst ist Ihr Geschäft. Das ist Ihr Geschäftsmodell, und das bedienen Sie.

Auf der anderen Seite zeigt das eigentlich auch, dass Sie mit ihrem Deutschsein ein richtiges Problem haben. In allen Anträgen, die wir bisher behandelt haben, war kein Vertrauen in die deutschen Institutionen. Also, AfD, sind die deutschen Institutionen wirklich so blöd und bescheuert, wie Sie das in diesen Anträgen immer darstellen? Haben wir lauter Hampelmänner in Gerichten sitzen, in den Institutionen sitzen?

Schauen Sie sich an, was die Dublin-Verordnung ist. Man kann nicht mit einem Antrag, den man hier im bayerischen Landesparlament stellt, aus der Dublin-Verordnung heraus. Das ist ja auch eine Anmaßung, die interessant ist. Was ist Dublin? Dublin ist eine Einigung auf europäischer Ebene, die auch notwendig war, um eine vernünftige Verteilung hinzubekommen, weil natürlich die Mittelmeeranrainerstaaten immer die Geflüchteten abbekommen haben. Wenn sich jemand in einem anderen Land regis-

triert hat und trotzdem nach Bayern kommt, haben wir sechs Monate Zeit, die Überführung in Absprache durchzuführen. Das ist Dublin.

Jetzt kommt 2026 GEAS. GEAS wird Dublin ersetzen; denn dann ist der Verteilungsschlüssel zumindest geregelt. Das europäische Land, das nicht aufnimmt, muss zahlen. Daher wird GEAS Dublin ablösen; so ist der Sachstand. Also hören Sie auf, den Menschen falsche Informationen zu geben und die Dinge so darzustellen, dass Sie die Ängste und Unsicherheiten schüren. Ich frage mich manchmal: Wenn Ihnen das Thema Corona und Geflüchtete abhandenkommt, sind Sie erledigt. Darauf arbeiten wir hin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das EU-Parlament und der Europäische Rat haben sich Ende 2023 auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Vereinbart ist wirksamer Schutz an den EU-Außengrenzen, verbindliches Screening an den Außengrenzen, Asylgrenzverfahren, ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus und eben auch eine Verlängerung der Überstellungsfristen nach Dublin III auf drei Jahre bei Untergetauchten.

Es gibt dabei zwei Wermutstropfen. Zum Ersten: Zentrale Teile gelten leider nur in Ausnahmefällen. Zum Zweiten: Das alles tritt erst im Juni 2026 in Kraft, diese Überstellungsfristen sogar erst im Juli 2026. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dieser Tage verlauten lassen, dass er beim EU-Gipfel am Donnerstag dafür werben will, den Pakt schneller umzusetzen. – Olaf Scholz als Werbefigur für die Beschleunigung von Problemlösungen? – Ich glaube, da dürfen wir sehr gespannt sein.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Er hat mehr gelöst, als Sie denken!)

Worauf ich hinaus will: Der auf EU-Ebene ausgehandelte Kompromiss hat tatsächlich Schwächen, insbesondere die EU-Grenzverfahren. Die müssen endlich die Regel sein, nicht die Ausnahme. Beschleunigte Verfahren bei Herkunftsländern mit geringer Anerkennungsquote müssen auch endlich die Regel sein, nicht die Ausnahme. Und es muss beschleunigt werden. Grenzverfahren müssen nicht innerhalb von Monaten, sondern innerhalb von Tagen durchgeführt werden. Dann hätten wir auch eine Minimierung der menschlich oft schwierigen Folgeprobleme, wenn nach Tagen klar ist, ob eine Bleibeperspektive da ist oder nicht. Dann haben wir viele Folgeprobleme nicht. Die Dublin-III-Verfahren müssten endlich verlässlich funktionieren. Dazu gehört auch die Zurückweisung an der deutschen Grenze von bereits Registrierten.

Das Herauspicken der Überstellungsfristen mag für AfD-Sprech erfreulich einfach und damit für ihre Propagandazwecke einleuchtend sein, aber es ändert überhaupt nichts an der Grundproblematik. Es gefährdet sogar diesen sehr fragilen EU-Kompromiss, wenn man dieses Paket wieder aufschnürt. Wenn Sie schon von den Urlaubsländern reden: Es war nicht Italien oder Polen, sondern es waren Ampel-Politiker, auch die Bundesinnenministerin, die 2023 nur Stunden nach dem ausgehandelten EU-Kompromiss diesen in Teilen schon wieder infrage gestellt und kritisiert haben. Deswegen bin ich gespannt, ob unsere Ampel-Regierung beim EU-Gipfel tatsächlich irgendetwas erreichen kann.

Worauf will ich hinaus? – Besser wäre etwas ganz anderes, nämlich diesen europäischen Kompromiss zu beschleunigen und konsequenter und schneller umzusetzen, beschleunigte Grenzverfahren endlich tatsächlich anzupacken und vor allem mit Asylbewerbern, die bereits in einem EU-Land registriert worden sind, finanziell endlich anders umzugehen. Das muss sich grundsätzlich ändern. Wer nicht nach den Dublin-Regeln in das Land zurückgeht, wo er schon registriert worden ist, der sollte weitestgehend von staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden. Denn wenn klar ist: Wer

kein Recht auf Bleibe hier hat, wer woanders seinen Asylantrag verfolgen kann, wer keine Perspektive hat, für den sollte tatsächlich "Brot, Bett und Seife" gelten, meine Damen und Herren.

(Ferdinand Mang (AfD): Oh, AfD-Sprech!)

Das ist das eine. Das BAMF sagt schon wieder: Wahrscheinlich wird das für die meisten nicht zum Tragen kommen, sondern nur dort, wo es rechtlich und tatsächlich möglich ist. – Entschuldigung, wo eine Einreise möglich ist, muss sowohl tatsächlich als auch rechtlich aus meiner Sicht auch eine Ausreise und Rückreise möglich sein. Das sind all die Dinge, an denen man arbeiten sollte und an denen auch unsere Bundesregierung selbstverständlich arbeiten sollte. Sie tut es. Darauf, ob sie etwas erreicht, bin ich sehr gespannt.

Aber man sollte hier nicht den Eindruck erwecken, wir würden das Dublin-Verfahren durch den Wegfall von irgendwelchen Fristen substanzial irgendwie stärken. Das ist schlicht und einfach Unsinn. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Taşdelen das Wort. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die AfD fordert, die Übernahmefristen im Dublin-Verfahren ersatzlos zu streichen. Sie möchte damit angeblich das Asylchaos beenden und die Migration nach Deutschland stärker regulieren.

Doch hinter diesem Vorschlag verbirgt sich ein gefährliches Spiel mit den Grundwerten unserer europäischen Zusammenarbeit und unserem Verständnis von Solidarität und Menschlichkeit. Anstatt Fristen zu streichen, müssen wir die Reform des europäischen Asylsystems vorantreiben. Genau das leistet der Kompromiss, den die Bundesinnenministerin ausverhandelt hat. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem – GEAS –

wird die Verteilung der Schutzsuchenden in Europa deutlich gerechter machen. Die Lösung liegt in einer fairen Verantwortungsverteilung, nicht in der Abschaffung von Fristen. Der Antrag der AfD zielt nicht auf eine Verbesserung des Systems ab. Er zielt darauf ab, das Misstrauen gegenüber der EU zu verstärken.

Wir als SPD stehen für eine verantwortungsvolle, humane und solidarische Asylpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa zusammenarbeitet, anstatt sich untereinander gegenseitig auszuspielen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen von CSU, den FREIEN WÄHLERN, SPD und GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.